

**MdL Dr. Krapp zur Eröffnung der Ausstellung
„Mit Demokratie gewinnen“ der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
am 27. Januar 2008 in Hildburghausen**

Sehr geehrte Frau Richter,
Sehr geehrte Gäste,

ich danke dem Kreisjugendring Hildburghausen, dass er seine Türen für die Wanderausstellung „Mit Demokratie **gewinnen**“ der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag geöffnet hat. Ich danke Ihnen allen, dass Sie am heutigen Holocaust-Gedenktag zur Eröffnung dieser Ausstellung hierher gekommen sind.

Die Ausstellung war bisher dreimal anlassbezogen in Erfurt, Apolda und Gera zu sehen. Bis zum Sommer 2008 wird sie noch in Gotha, Sömmerda und Sonneberg zu sehen sein. Jeder Anlass gibt Gelegenheit, die eigentlich recht kleine Ausstellung aus einer speziellen Perspektive heraus zu vertiefen. Der heutige Anlass ist in diesem Sinne ein ganz besonderer: er führt uns vor Augen, dass wir ohne Demokratie alles **verlieren**.

Mit der Zerstörung der noch jungen ersten Demokratie nach dem 1. Weltkrieg begann die systematische Vernichtung der Juden, zuerst in Deutschland, dann mit den vorrückenden Frontlinien des 2. Weltkrieges in ganz Europa. Am Ende waren über 6 Millionen jüdische Kinder, Frauen und Männer erschlagen, erschossen, verhungert oder vergast. Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft konnte nicht von innen beseitigt, sie musste unter großen Opfern von außen überwältigt werden.

Mit der Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 endete die Weimarer Republik und sofort begann die systematische Entrechtung und Verdrängung der deutschen Juden aus Staatsämtern, freien Berufen und öffentlichem Leben. In der zweiten Phase betrieb oder unterstützte der Staat die Enteignung oder so genannte Arisierung von Unternehmen in jüdischem Besitz. Nach Kriegsbeginn folgten Ghettoisierung, Deportation und Massenmorde an den europäischen Juden hinter der Front. Schließlich folgte die industrielle Ermordung in den Vernichtungslagern. Vor genau 63 Jahren wurde Auschwitz als eines der größten Mordfabriken von sowjetischen Truppen befreit – der Anlass für den heutigen Gedenktag.

Wie kam es zu diesem singulären Zivilisationsbruch? Wo liegen dessen Wurzeln?

Nicht ohne Grund beginnt die Ausstellung mit einem Bild aus der Revolutionszeit 1848, in der sich der Wille zur Demokratie erstmals deutschlandweit manifestierte. Die große Mehrheit der Deutschen Nationalversammlung beschloss in der Paulskirche eine Reichsverfassung, die sich zur rechtlichen Gleichstellung der Juden bekannte, die damit wie in Frankreich als Teil der neuen Staatsnation angesehen wurden – oder angesehen werden sollten - denn bekanntlich trat diese Reichsverfassung nicht in Kraft.

Tatsächlich geriet der Prozess der rechtlichen Gleichstellung der Juden noch einmal ins Stocken. Mit dem neuen Aufschwung der liberalen und nationalen Bewegung, in die sich viele deutsche Juden einreihen, wurde aber im folgenden Jahrzehnt der Durchbruch zur Rechtsgleichheit erreicht. Dabei spielten die liberalen Mehrheiten in den einzelstaatlichen Landtagen – auch hier im Herzogtum Sachsen-Hildburghausen bzw. Sachsen-Meiningen - eine führende Rolle in diesem Prozess.

In der heraufziehenden neuen bürgerlichen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden Juden, wie die Hildburghäuser David Michaelis oder Wilhelm Simon Teil des allgemeinen gesellschaftlichen Lebens. Der jüdische Unternehmer Faibel Siegel, der aus Walldorf in Sachsen-Meiningen stammte und 1868 sein Geschäft nach Meiningen verlegte, schrieb rückblickend zur neuen Situation seit der Jahrhundertmitte: „An geselligem Verkehr fehlte es aber am Wohnsitz meiner Eltern nicht. Aus den besseren jüdischen Familien im Verein mit einer Anzahl christlicher Ortsbewohner wie z.B. Pfarrer, Lehrer, einige Landwirte, bildete sich schon in den vierziger Jahren eine gesellige Vereinigung, Casino, die nicht nur dem Vergnügen galt, vielmehr auch durch Anlegen einer Bibliothek dem allgemeinen Bildungsstreben zu dienen suchte.“

Auch wenn das Zusammenleben von Juden und Christen nicht überall so harmonisch verlief, so stieß die gesellschaftliche Gleichstellung der deutschen Juden in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts nur noch auf geringen Widerstand. Die Jahrhunderte lange systematische Diskriminierung durch Berufs-, Ansiedlungs-, Bildungs- und Beteiligungsbeschränkungen oder landesherrliche Bevormundungen schienen im Zeichen der zunehmenden Demokratisierung überwunden. In den kleinstaatlichen Parlamenten bis hin zum Reichstag ab 1871 fanden die entsprechenden Verfassungsbestimmungen nun klare Mehrheiten.

Dabei befanden nicht mehr nur christliche Abgeordnete über die Rechte der Juden und damit über deren Stellung in der Gesellschaft. Vielmehr nahmen die Juden selbst nun auch als Parlamentarier immer größeren Anteil an der Politik. Ein herausragendes Beispiel aus Thüringen ist Eduard Lasker, der praktisch zu einem „Geburtshelfer“ des 1871 gegründeten Deutschen Kaiserreiches wurde. Der Nationalliberale Lasker vertrat bis zu seinem Tod 1884 den Wahlkreis Sonneberg-Saalfeld im Deutschen Reichstag, 1871 z. B. mit 98,6% aller abgegebenen Stimmen.

Am Beispiel Lasker kann man aber auch verfolgen, wie sich das politische Klima im Kaiserreich nach der Reichsgründungszeit wieder zu wandeln begann. Kein geringerer als Bismarck schickte seinen Sohn Herbert als Vertreter der Deutschen Reichspartei 1878 gegen Lasker ins Rennen, da ihm Lasker zu sehr „im Dienste der Sozialisten“ zu stehen schien. Auf Lasker entfielen dreimal so viel Stimmen, wie auf den jungen Bismarck. Aber neue Verteilungskonflikte in der Gesellschaft schufen ein neues politisches Klima, unter dem auch die deutschen Juden zunehmend zu leiden hatten.

Zwar wurden nach 1871 die gesetzlichen Grundlagen der Gleichberechtigung der Juden nicht zurückgenommen, zunehmend entstanden aber politische Bewegungen, die Juden für wirtschaftliche und soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft verantwortlich machten. Der Begriff „Antisemitismus“ wurde in dieser Zeit um 1900 von jüdenfeindlichen Publizisten in die Welt gesetzt.

Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Erfolg deutscher Juden in Folge ihrer rechtlichen Gleichstellung wurde in diesem Umfeld nun gegen sie gewendet. Es ging in diesem neuen Antisemitismus nicht mehr darum, aufgrund alter religiös motivierter Vorurteile den Juden das Recht zu verweigern, vollberechtigte Staatsbürger zu sein. Es ging nun vor allem darum, die Juden als Agenden und Nutznießer einer Moderne an den Pranger zu stellen, die viele in dieser Form und mit diesen wirtschaftlichen und sozialen Risiken nicht wollten.

Nicht überall setzten sich die neuen Tendenzen sofort mit aller Macht durch. Eduard Lasker, der im Übrigen vor den Auswüchsen des ungezügelter Kapitalismus schon rechtzeitig gewarnt hatte, konnte sich in seinem Wahlkreis ungeachtet antisemitischer Angriffe weiter behaupten. Recht optimistisch stellte er nach gewonnener Wahl 1881 fest, dass das deutsche Volk „in den Wahlen den Antisemitismus in seiner gehässigen Form und mit seinem schmutzigen Inhalt zurückgewiesen habe“.

Gleichwohl wuchs Anfang des 20. Jahrhunderts das gesellschaftliche Ressentiment gegen die Juden, das häufig auch mit Konkurrenzängsten zusammenhing. Das betraf sowohl das nichtjüdische Bildungsbürgertum in den akademischen Berufen als auch Handwerker und kleine Kaufleute, die moderne Handelsstrukturen wie Versandhandel und Großkaufhäuser, die häufig von Juden gegründet worden waren, als Bedrohung empfanden.

Aus diesen Kreisen erwuchsen zum Beispiel die „Antisemitische Volkspartei“ und der „Thüringer Antisemiten-Bund“, die allerdings mit 2-3% bei den Reichstagswahlen nur bescheidene Erfolge verzeichnen konnten. Die anderen Parteien verteidigten zwar einhellig die rechtsstaatlichen Grundsätze der religiösen Gleichberechtigung, waren aber oft nicht frei von mehr oder weniger verdecktem Antisemitismus. Das spiegelte sich natürlich im Staatsapparat, im Militär und in der Justiz wider. Nur die linksliberalen Parteien und die wachsende Sozialdemokratie stellten sich entschieden gegen den Antisemitismus.

In diese durchaus entwicklungsfähige Situation fiel die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) – der 1. Weltkrieg.

Die Ausrufung der „Deutschen Republik“ durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918 war der Höhepunkt der Revolution, die diesen Krieg beendete und den Kaiser zur Abdankung zwang. Unsere Ausstellung erinnert mit einigen Bildern und Texten an den demokratischen Neuanfang auf der nationalen Ebene. 1919 tagte in Weimar die Nationalversammlung, die eine demokratische Reichsverfassung beschloss. Doch der Weg der Republik stand unter keinem guten Stern. Die harten Auflagen des Versailler Friedensvertrages behinderten die wirtschaftliche Gesundung und wurden als Demütigung empfunden. Die Ausstellungsdokumente zeigen, wie extremistische Volksverführer von links und rechts die geschwächte Republik untergruben.

Ich will auch an diesem Teil der Ausstellung heute aus gegebenem Anlass vertiefend der Frage nachgehen, wie sich in dieser wirren Zeit in Thüringen das Verhältnis der Juden zu ihrem Vaterland weiterentwickelt hat. In der Tat - so haben deutsche Juden ihr Verhältnis zu Deutschland bezeichnet, nachdem auch sie einen hohen Blutzoll in diesem ersten Krieg der Moderne entrichtet haben.

Einerseits erreichte die Emanzipation der Juden in Deutschland mit Gründung der Weimarer Republik 1918/19 einen Höhepunkt, rückten viele Bürger jüdischer Herkunft bzw. jüdischen Glaubens sogar in hohe Positionen von Staat und Gesellschaft auf. Andererseits brachte diese Situation aber auch ein erneutes Aufleben, ja eine zunehmende Radikalisierung der alten Vorbehalte gegen die Juden mit sich.

Ein herausragendes Beispiel für einen konstruktiven Demokraten der ersten Stunde ist der jüdische Rechtsprofessor aus Jena Eduard Rosenthal. Der Senat der Jenaer Universität hatte ihn bereits 1910 in den Weimarischen Landtag entsandt, wo er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verfassungsausschusses gewählt wurde. Aus diesem heraus wurde er 1919 in den Volksrat delegiert, der entsprechend neuer Reichsverfassung die Bildung eines Freistaates Thüringen vorbereiten sollte. Auf Rosenthal kam dabei die Aufgabe der Formulierung eines Verfassungsentwurfes zu. Er löste diese Aufgabe souverän in weniger als einem Monat zum Jahreswechsel 1919/1920. Die Legislative, das Parlament, ist für ihn die entscheidende politische Instanz. Die Exekutive, die Regierung, ist von dessen Vertrauen abhängig.

Die Furcht vor einem kritischen Übergewicht des Parlaments versuchte er durch geschickte Auswägung der Kompetenzen zwischen Landtag und Regierung und durch die Möglichkeit des Herbeiführens eines Volksbegehrens zu sichern. Existenzgefährdende Blockaden zwischen Parlament und Regierung sollten durch die Ermächtigung der Regierung zum Erlass von „Notgesetzen“, die nachträglich vom Parlament zu bestätigen oder aufzuheben waren, aufgelöst werden. Aus analogen Gründen organisierte er die Exekutive als Kollegialorgan, deren Minister alle vom Landtag zu wählen waren und die keinen Ministerpräsidenten mit Richtlinienkompetenz kannte. Das wurde aus guten Gründen in späteren Verfassungen geändert. Ebenso machte sich später die Ergänzung des demokratischen Zentralstaatsprinzips um kommunale Selbstverwaltungsgrundsätze notwendig.

Gleichwohl war es das Verdienst von Eduard Rosenthal, dass es in einer durch den Kapp-Putsch sehr instabilen politischen Lage gelungen ist, die erste parlamentarische, rechtsstaatliche und freiheitliche Landesverfassung in der Mitte des föderalen Deutschland in Kraft zu setzen.

Das hat ihm das Vaterland in den Folgejahren nicht gedankt.

Insbesondere die neuen antisemitischen Kräfte waren durch das Ergebnis des 1. Weltkrieges in ihren Vorbehalten gegen die Juden radikalisiert worden. Sie erkoren sich die Juden als Erfolg versprechenden Sündenbock und nutzte nur zu gerne die wirtschaftlichen Krisen und die Schwachstellen der jungen Demokratie zu ihren Gunsten aus um schließlich die „Judenrepublik“ mit formal demokratischen Mitteln ganz zu beseitigen. Das galt nicht nur für Thüringen, sondern auch für die ganze Weimarer Republik, in denen jüdische Politiker wie Hugo Preuß oder Walther Rathenau den Antisemiten als hinreichender Beweis für den „undeutschen“ Charakter der neuen Republik galten.

In drei von anschwellenden antisemitischen Hetzkampagnen begleiteten, teilweise vorgezogenen parlamentarischen Wahlschüben gelang diesen nationalistischen Kräften in Thüringen der stufenweise Aufstieg vom anfänglichen politischen Außenseiter über den Mehrheitsbeschaffer der Bürgerlichen, deren Regierungskoalitionär bis zur fast allein regierenden Vormacht 1932/1933. Thüringen spielte dabei eine national und international viel beachtete Vorreiterrolle in Deutschland.

Mit den Wahlen zum 3. Thüringer Landtag am 10. Februar 1924 gelangten über eine gemeinsame Liste erstmals rechtsradikale Abgeordnete - darunter auch Mitglieder der noch verbotenen NSDAP - in ein deutsches Parlament. Sie machten aus ihrem Antisemitismus auch keinen Hehl und erklärten ihre Duldung der bürgerlichen Koalitionsregierung unter der Bedingung, „dass die Regierung nur aus deutschblütigen nichtmarxistischen Männern besteht...“.

Dieser Völkischen Forderung fiel der bürgerliche Regierungskandidat Eduard Rosenthal zum Opfer, der Vater der ersten demokratischen Verfassung. Wie weit der neue Antisemitismus verbreitet war, zeigt der im Landtagsprotokoll notierte Zwischenruf des KPD-Abgeordneten Albin Tenner: „Der hat sich ja aus Geschäftsgründen taufen lassen, der Jude!“ Das ermutigte die extreme Rechte, mit Entlassungsforderungen von Juden aus anderen einflussreichen Positionen der Gesellschaft nachzulegen. Ohne Umschweif machte zum Beispiel der Führer der völkischen Fraktion Dr. Artur Dinter der bürgerlichen Landesregierung klar, dass der jüdische Direktor der Weimarer Staatsbank, Walter Loeb zu gehen habe.

In dieser Atmosphäre war es nicht überraschend, dass General Ludendorff 1924 ungestraft aus dem Nationaltheater Weimar heraus dem wegen Putsch inhaftierten Adolf Hitler unter brausendem Beifall herzliche Grüße ins Gefängnis senden konnte. Der ließ sich dann seit 1925 immer öfter in Weimar sehen und feiern. In gegenseitiger Sympathie wurde schon 1925 durch die dortige Regierung das Verbot der NSDAP aufgehoben.

Mit jeder weiteren Landtagswahl wurden deren Vertreter dort stärker, bis schließlich 1929 nach Hitlers persönlicher Intervention der erste nationalsozialistische Minister in eine deutsche Regierung einzog: der thüringische Innen- und Volksbildungsminister Dr. Wilhelm Frick. Damit war Thüringen endgültig zum Experimentierfeld für die nationalsozialistische Machtergreifung geworden. Zusammen mit seinem Fraktionsvorsitzenden und Gauleiter Fritz Saukel machte sich Frick daran, die Ministerien, die Polizei und das Bildungswesen zu „säubern“.

Ganz im Sinne des Antisemitismus wurde gegen den Willen der Professorenschaft im Mai 1930 der Rassekundler Hans F. K. Günther an der Landesuniversität in Jena installiert. Schon im April hatte Frick mit Paul-Schultze-Naumburg einen prominenten Kulturrassisten an die Spitze des ehemaligen Bauhauses gesetzt, das jetzt laut „Neger-Erlass“ zum Mittelpunkt deutscher Kultur werden sollte.

Obwohl die NSDAP in dieser Regierung in einer Minderheitenposition war, dominierte sie gegen die bürgerliche Mehrheit die politische Agenda im Sinne eines aggressiven Antisemitismus. Sie provozierte sogar den Bruch dieser Koalition, weil

sie recht sicher war, bei dem inzwischen wieder weit verbreiteten Antisemitismus, den sie geschickt mit einem irrationalen Antikommunismus verband, aufs Ganze gehen zu können.

In den Thüringer Neuwahlen 1932 erfüllte sich diese Hoffnung mit 42,5% der Stimmen weitestgehend, was den Übergang zur totalitären Machtergreifung Hitlers in Berlin am 30. Januar 1933 einleitete. Die in der Ausstellung zu findenden Wahlplakate der politischen Mitte - das Zentrums und die Sozialdemokraten - dokumentieren, dass sie die Gefahr des Rechtsextremismus, der sich die verbreitete Angst vor dem Linksextremismus nutzbar machte, erkannt hatten. Aber zu spät, die junge Demokratie wurde zerstört, die Würde der Menschen ging verloren.

Millionen Opfer auf allen Seiten sind zu beklagen. Heute gedenken wir besonders der Opfer des Holocaust, die allein deshalb sterben mussten, weil sie geboren wurden – als vermeintliche Angehörige einer jüdischen „Rasse“.

Der Antisemitismus ist keine deutsche Erfindung, wurde aber in Deutschland perfektioniert. Das ist uns allen eine nicht abzulegende historische Last. Das bleibt, auch wenn bald keine Vertreter der Opfer- und Tätergeneration mehr unter den Lebenden sein werden. Damit endet auch die Verfolgung von Schuld, die nicht vererbt werden kann. Weitergegeben werden muss aber die Verantwortung, die gerade uns Deutschen aus dieser Katastrophe des 20. Jahrhunderts erwächst.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir eine Form des Erinnerns finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll- wie Roman Herzog anlässlich der Proklamation des Holocaustgedenktag 1996 sagte – Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.

Die Ausstellung zeichnet auch den Weg Deutschlands nach dieser Katastrophe stichpunktartig auf. Es waren zunächst getrennte Wege. Doch am vorläufigen Ende hat die Demokratie in ganz Deutschland gewonnen. Beide Teile haben etwas eingebracht, auf das die junge Generation trotz der belastenden Vergangenheit stolz sein kann:

- das Grundgesetz als wetterfestes Fundament unserer freiheitlichen Demokratie und
- die erste friedliche Revolution in Deutschland, die dazu noch erfolgreich - weil demokratisch - war.

Aber auch heute fordern Extremisten diese Demokratie heraus. Zurzeit machen vor allem die von Rechts wieder von sich reden. Lassen Sie uns als Demokraten zusammenstehen und den Mut haben, diesen rechtsextremistischen Tendenzen entgegenzutreten. Das beginnt in der Familie und im Freundeskreis, setzt sich in den Schulen fort und führt bis in politische Auseinandersetzungen vor Wahlen wie heute in Hessen und Niedersachsen, in denen die Demokratie immer wieder erneuert werden muss.

Bis zum 8. Februar kann diese Ausstellung hier beim Kreisjugendring zwischen 9:00 und 21:00 Uhr als Katalysator in diesem Prozess wirken.